

***„Ein Land wie Nordrhein-Westfalen, muß sich an die Spitze der
Bildungsliga setzen.“***



Dr. Rüttgers
in
„Nachgefragt“

Dr. Jürgen Rüttgers

fdw: Herr Dr. Rüttgers, 1995 erschien die Denkschrift: „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“, die nach ihrem Erscheinen auch als „Rau-Bibel“ bezeichnet wurde. Es ging darin darum, der Einzelschule mehr Autonomie zu geben. Nun hat sich seitdem die rot-grüne Landesregierung daran gemacht, diese Bibel umzusetzen. Nachdem nun auch die CDU in vielen Punkten die Begrifflichkeit und Zielvorstellungen aus der Rau-Bibel übernommen hat, wüßte man gern, worin sich die Schulpolitik der CDU von der rot - grünen Schulpolitik unterscheidet.

Dr. Rüttgers: Die „Rau-Bibel“ hat uns nicht inspiriert. Inspiriert haben uns vielmehr die vergleichenden Studien, die den Stand unserer Schulen und vor allem die Mängel aus 40 Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik verdeutlicht haben. Wir

wollen die Schulen aus der staatlich-bürokratischen Bevormundung entlassen. Wir wollen die Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen im nordrhein-westfälischen Schulgesetz verankern. Dabei bleibt das Schulwesen staatlich verantwortet und unter der Aufsicht des Staates. Die Schulen sollen jedoch im Rahmen der staatlichen Vorgaben und der Rechts- und Verwaltungsvorschriften die Erziehung, den Unterricht, das Schulleben sowie ihre inneren Angelegenheiten selbständig und in eigener Verantwortung gestalten. Selbständigkeit á la Rot-Grün bedeutet: Fehlende Qualitätsstandards, mehr Bürokratie und fehlende Unterstützung. Das werden wir ändern.

fdw: Früher hat man gefragt, wo die Grenzen des Staates sind, heute muß man fast fragen: Wo sind die Grenzen der Schulautonomie?

Dr. Rüttgers: *Selbstständigkeit der Schule darf nicht zur Beliebigkeit führen. Es müssen verbindliche Zielvorgaben gesetzt werden und die Arbeit der Schule muß für alle Beteiligten transparent sein. Sie muß sich an den Bedürfnissen der einzelnen Schüler orientieren. Das bedeutet auch, daß Maßstäbe der Leistungsbewertung und verbindliche Leistungsstandards erfüllt werden müssen. Die Selbstständigkeit der Schulen hat ihre Grenze da, wo nicht mehr vergleichbare Schulabschlüsse sichergestellt sind.*

fdw: Im Februar ist angeblich im Landtag ein großer Schritt in Richtung Entbürokratisierung getan worden. Es wurde das neue Schulgesetz verabschiedet, in dem sieben Einzelgesetze zu einem einzigen Gesetz zusammengefaßt worden sind. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Addition von einzelnen Gesetzen zu einem Gesamtgesetz wirklich die Vorschriften reduziert hat- wir wüßten gern, warum die Opposition dem Gesetz nicht zugestimmt hat.

Dr. Rüttgers: *Das Schulgesetz ist im Ansatz verfehlt. Es öffnet die Tür zur Einheitsschule: Erst das Einheitslehramt, dann der Verzicht auf die Beschreibung der unterschiedlichen Bildungsaufträge der Schulformen und nun die schulformübergreifende Schulaufsicht. Das läßt sich alles sehr schnell zur Einheitsschule zusammenführen. Das Schulgesetz ist keine Antwort auf die erschreckenden Ergebnisse der PISA-Studie. Es wird Bürokratie verlagert, ohne die notwendigen Ressourcen mitzugeben. Es gibt den Schulen nicht mehr Freiheit und Eigenverantwortung, sondern nur mehr Belastungen. Die Landesregierung schafft mit diesem Gesetz den Beamtenstatus der Lehrer ab. Doch statt dies zu sagen, wird es durch die Hintertür betrieben.*

fdw: Der Bund Freiheit der Wissenschaft hat sich immer für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems ausgesprochen. Dabei hat das Gymnasium als

wissenschaftspropädeutische Institution immer das besondere Augenmerk des Bundes gehabt. Wie kann die Wissenschaftsfähigkeit, die von den Abnehmern an den Universitäten gelegentlich angezweifelt wird, in der Schülerschaft des Gymnasiums grundgelegt werden?

Dr. Rüttgers: *Abiturienten müssen eine fundierte Wissensbasis haben. Sie sollen in der Lage sein, neue Informationen produktiv zu verarbeiten, sie für ein tiefgreifendes Verständnis von Phänomenen zu nutzen, die Struktur komplexer Problemstellungen zu begreifen und kreative Lösungen von Problemen zu entwickeln. Vor allem darin liegt die wissenschaftliche Propädeutik, die sie für ein Studium fit macht. Nicht um die Menge des Lernstoffes geht es, sondern um die Durchdringung exemplarischen Stoffes. Das Gymnasium muß mit der Tendenz brechen, das verfügbare Wissen möglichst umfassend bereits in der schulischen Erstausbildung präsent zu machen.*

fdw: Im politischen Raum wird häufig die Gemeinsamkeit der Demokraten beschworen: Sollte nicht auch durch inhaltliche Vorgaben eine fundamentale Übereinstimmung im Bildungswissen, etwa durch einen Bildungskanon, gegeben sein? – Wären solche Vorgaben nicht auch gemeinschaftsfördernd, da sie für die gesellschaftliche Kommunikation einen gemeinsamen Hintergrund abgäben?

Dr. Rüttgers: *Ein Blick nach Finnland zeigt, daß es hier einen großen gesellschaftlichen Konsens im Bereich Bildung gibt. Lehrer können sich darauf verlassen, daß ihre Schülerinnen und Schüler über eine gute Grundbildung verfügen. Das erleichtert ihnen das Arbeiten. Die deutschen Kultusminister haben sich auf Bildungsstandards für alle Schulformen verständigt. Damit haben wir einen gemeinsamen Grundkonsens für alle Bundesländer. Wir stehen zum Wettbewerbsföderalismus und gegen die Vereinheitlichung der Bildungspolitik. Einem Land wie Nordrhein-Westfalen, das mit 18 Mio. Einwohnern dreimal größer ist als der PISA-Sieger Finnland, muß es möglich sein, sich durch die Formulierung eigener Standards an die Spitze der Bildungsliga zu setzen. Der in den Bildungsstandards formulierte Grundkonsens muß daher länderspezifisch ergänzt und schulformspezifisch erweitert werden. Wenn wir die Bildungsstandards umgesetzt haben, werden wir in einigen Jahren ein neues gemeinsames Fundament der Bildung haben. Bis dahin müssen wir alle Anstrengungen zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler unternehmen, um allen gute Lebenschancen zu ermöglichen.*

fdw: In der öffentlichen Diskussion geht es auch um die Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer. Welche Eigenschaften sollte der fähige Lehrer besitzen?

Dr. Rüttgers: *Ein Lehrer muß neugierig auf Wissen sein – jeden Tag neu. Lehrer müssen fachlich kompetent und methodisch-didaktisch versiert sein. Lehrer müssen in der Lage sein, jedes Kind so anzunehmen wie es ist und es in seinen Fähigkeiten stärken und es dort, wo es Schwächen hat, fördern.*

fdw: Bei einer Podiumsveranstaltung überraschten Sie die Zuhörer mit der Forderung, daß die Schulkonferenzen die Schulleiter selber wählen sollten, und zwar für acht Jahre. Was versprechen Sie sich von dieser Änderung? Warum soll die Amtszeit gerade acht Jahre sein, und ist Wiederwahl möglich?

Dr. Rüttgers: *Das heutige Schulleiterbesetzungsverfahren ist nicht mehr vertretbar. Es kann nicht sein, daß fachliche Leistung, Eignung und Befähigung allein durch die Schulaufsichtsgremien entschieden werden. Zumindest im Bereich Eignung und Befähigung muß die Schule ein echtes Mitspracherecht haben. Das Kollegium und die Schule müssen ja in den Folgejahren mit dem neuen Schulleiter das Profil und die Arbeit der Schule gestalten. Eine Drittelparität in der Schulkonferenz, wie sie das neue Schulgesetz vorsieht, lehnen wir ab. Es dürfte unstrittig sein, daß angesichts einer Schulaufsicht, wie sie nun mal ist, der beste und wirkungsvollste Weg in einer Veränderung des Wahlverfahrens liegt und der Schule mehr Verantwortung zukommt. Ein Schulleiter muß Zeit haben zu gestalten und er muß sich in seiner Funktion auch bewähren können. Dazu reichen zwei Jahre nicht aus. „An ihren Früchten sollt ihr sie messen.“ - darum sollen es acht Jahre sein. Bei guter Arbeit ist auch selbstverständlich eine Wiederwahl möglich.*

fdw: Die jetzige Landesregierung war ja nicht untätig bei der Abgabe von Verantwortung an die Basis. Namentlich Frau Behler hat, einige Zeit als Superministerin für den Bereich Schule und Hochschule zuständig, in dieser Richtung vieles vorbereitet. Ihr Grundsatz lautete, die Kompetenz sei vor Ort, an der Basis. An der Basis wurde aus dem Credo der Ministerin aber der Schluß gezogen, daß dem Ministerium, und vor allem der politischen Führung, die Kompetenz abhanden gekommen sei. Wäre es nicht geradezu notwendig, daß eine neue Regierung die hoheitlichen Fragen selbst managte und dafür Sorge trüge, daß sich die Lehrer auf ihr Kerngeschäft konzentrieren könnten? Diese Freiheit schätzt der Lehrer mehr, als daß er sich in Zeiten der Not, die nicht er geschaffen hat, um Personal und Geld sorgen muß.

Dr. Rüttgers: *Lehrer sollen unterrichten und nicht verwalten. Zu lange sind unsere Lehrerinnen und Lehrer durch das Gängelband der Kultusbürokraten in ihrer Kreativität und Freiheit behindert worden. Wenn Lehrer mitverantwortlich werden für das, was an der Schule und im Unterricht läuft, dann wird dadurch auch das Engagement der Lehrer wachsen. Zur Entlastung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben wollen wir durch Verlagerung von Stellen aus anderen*

Bereichen der Landesverwaltung Verwaltungsfachleute in die Schulen und an die Kommunen geben.

fdw: Sie waren jahrelang, vor allem auch in Ihrer Zeit als Bundesbildungsminister, gegen Studiengebühren. Inzwischen haben Sie Ihre Meinung geändert. Befürchten Sie nicht, daß Ihnen das Bekenntnis zu Studiengebühren im Wahlkampf als Klotz am Bein hängt?

Dr. Rüttgers: *Ein klares Nein. Nordrhein-Westfalen ist pleite und kann den Universitäten nicht das Geld geben, das sie brauchen, um international wettbewerbsfähig zu sein. Es ist fair und gerecht, wenn diejenigen, die einmal überdurchschnittlich gut verdienen, dazu selbst einen Beitrag leisten, wenn sie einen guten Job haben. Das Stipendienwesen wollen wir ausbauen. Bildungsdarlehen wollen wir unterstützen. Wer Studiengebühren zahlt, muß gute Studienbedingungen vorfinden. Das Angebot der Hochschulen muß jedem Studenten ermöglichen, sein Studium in der Regelstudienzeit erfolgreich abzuschließen.*

Die Fragen stellte Dr. Winfried Holzapfel.

Die fdw bedankt sich bei Herrn Dr. Rüttgers für die Beantwortung.

Weitere Themen in den neuen *fdw* (Ausgabe Nr.1 März 2005) (u.a.): Günter Püttner: Bundesverfassungsgericht zur Wissenschaftsfreiheit, Hartmut Schiedermaier: Wissenschaft im Dienst der Menschenwürde, Tagungsberichte, Stellungnahmen.

Die neue *fdw* ist ab dem 5. April online. (Auf der Startseite "direkt zur aktuellen *fdw*" anklicken oder [hier](#))